

Falscher Ansatz



Marc Hagedorn
über Parken in der City

Mit dem Auto in der Stadt unterwegs zu sein, ist kein Spaß. Zu viele Staus, zu wenige Parkplätze und deshalb zu viel Stress. Von daher klingt es erst einmal verlockend, wenn die Automobilindustrie dafür wirbt, digitale Hilfen bei der Parkplatzsuche einzusetzen, damit der Verkehr rollt und nicht stockt. Auch gegen eine optimierte Flächennutzung ist bei knappem Parkraum nichts zu sagen, genauso wenig wie gegen eine flexiblere Preisgestaltung, wenn Verkehrsströme dadurch besser gelenkt werden können.

Weil diese Vorschläge vom Verband der Automobilindustrie kommen, ist aber auch klar, woran sich nichts ändern soll, nämlich dass weiterhin Autos in die Städte fahren. Und genau darin liegt das Problem, denn jede noch so gute einzelne Idee ersetzt keine Verkehrswende. Aber die ist nötig.

Nicht die Reform des Parksystems ist der Schlüssel, sondern ein besserer Bus- und Bahnverkehr, der die Menschen verlässlich von A nach B bringt und im Idealfall nichts oder wenig kostet. Der ÖPNV muss attraktiver und effizienter werden, damit immer mehr Menschen auf die Idee kommen, ihr Auto dort zu lassen, wo es keine Innenstadt verstopft: in der Garage. **Bericht Seite 1**
marc.hagedorn@weser-kurier.de



Mario Lars

Zu schlicht



Norbert Holst
über ein Wind-Bürgergeld

Die SPD wird nicht müde beim Versuch, sich in diesen klimabewegten Zeiten ein Öko-Mäntelchen umzuhängen. Nach der weihnachtlichen Offensive für Tempo 130 ist jetzt die Windkraft dran. Geld soll den Widerstand gegen die Windräder brechen. Der Vorstoß von SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch ist allerdings nicht neu, sondern von den Grünen abgekipfert. Dieses Modell eines Wind-Bürgergeldes könnte allerdings auch nach hinten losgehen: Befürworter der Windenergie würden vermutlich schnell als „käuflich“ abgestempelt werden. Dabei ist der Ansatz richtig: Akzeptanz finden Windparks dort, wo die Bürger von ihnen profitieren. Doch Bürgerwindparks sind mit den Ausschreibungsverfahren – übrigens in der Amtszeit von SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel beschlossen – zum Hochrisiko geworden, weil es unklar ist, ob die teuren Planungen jemals realisiert werden können.

Parallel zur Prämie will Miersch den Klageweg begrenzen. Als Argument müssen „langatmige Planungsprozesse“ herhalten. Er macht es sich zu einfach: Nicht besorgte Anwohner sind das Problem, sondern fehlendes Personal in den Amtsstuben und völlig überlastete Gerichte. **Bericht Seite 17**
norbert.holst@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion/Leiter Digitales: Philipp Jaklin
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik:
Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und
Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp
Jaklin (komm.) - Sport: Mathias Sonnenberg - OSTERHOLZER
KREISBLATT: Antje Borstelmann - DIE NORDDEUTSCHE:
Michael Brandt - WÜRMER-ZEITUNG: André Fesser - ACHIMER
KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke - SYKER
KURIER/REGIONALE RUNDschau: Elke Wienberg (komm.)
DELMEHORSTER KURIER: Andreas D. Becker* - Büro Berlin:
Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel:
Dettef Drewe - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit
Holzer - Büro Washington: Thomas Spang
*Pressediens Nord GmbH

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 38,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9.30 bis 18 Uhr, sonntags von
10 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags
von 6.30 bis 18 Uhr, sonntags von 7 bis 12 Uhr und sonntags
von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-
häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Beide Seiten meinen es überaus ernst



Adelheid Wölfl
über die Koalition in Wien

Der konservative Sebastian Kurz und der Grüne Werner Kogler, der junge, etwas glatte Altkanzler und der bodenständige Mann aus der Steiermark, der gerne im Wirtshaus sitzt, sind ein ungewöhnliches Team. Beide aber sind strategisch klug und zollen sich wechselseitig auch in ihrer Andersartigkeit Respekt. Und es gibt einige Umstände, die ihre Zusammenarbeit erleichtern werden: Sowohl die ÖVP als auch die Grünen sind klar pro-europäisch. Beide Parteien haben zudem die letzten Wahlen im September gewonnen und dadurch einen Startvorteil. Außerdem wollen beide in Wien Sachpolitik machen und sind intellektuell anspruchsvoller als die populistischen Freiheitlichen, die in den letzten Monaten hauptsächlich damit beschäftigt waren, den Dreck in den eigenen Reihen aufzuräumen.

Dennoch war die Zusammenarbeit mit der FPÖ für die Kurz-ÖVP sicherlich bequemer, denn inhaltlich gab es kaum Unterschiede, seit Kurz die ÖVP vor zwei Jahren weit nach rechts geführt hatte. Die Zusammenarbeit mit den Grünen ist für Kurz aber trotzdem kein leichtfertiger Versuch. Beide Seiten meinen es überaus ernst, obwohl es einige Bruchstellen für diese neue Form des Bündnisses gibt. Für die ÖVP hat die neue Koalition echte Vorteile: Die Grünen sind schlichtweg weniger stark als die FPÖ. Und die ÖVP kann

die Verantwortung für unangenehme, aber notwendige Maßnahmen – etwa eine ökologische Steuerreform – auf den Koalitionspartner abschieben.

Der konservative ÖVP war es vor allem wichtig, dass das Innenministerium, mit dem auch Stimmungsolitik gemacht werden kann, wieder in ihre Hände gelangt. Es war viele Jahre lang die Machtzentrale der Konservativen. Die Grünen erhoben erst gar keinen Anspruch auf die prestigeträchtigen Innen- und Außenministerien. Sie bekommen aber das finanziell relevante Infrastrukturministerium, in dem moderne Klimapolitik gemacht werden soll.

Der Nachbar in Berlin schaut gespannt auf dieses Bündnis.

Die ÖVP will vor allem garantieren, dass die scharfe Linie im Bereich Migration beibehalten wird. Dafür soll auch Susanne Raab sorgen, die bereits als Sektions-Chefin beim Burkaverbot, dem Islamgesetz oder der Initiative „Integration durch Leistung“ mitgearbeitet hat. Die neue und erste Integrationsministerin Österreichs soll den Kampf gegen Parallelgesellschaften und den politischen Islam fortsetzen – und damit sicherstellen, dass die ÖVP ihre rechten Wähler nicht zu sehr enttäuscht und der FPÖ keine offene Flanke bietet. Raab plädiert für Deutschkurse, Wertekurse und Integrationsberatungen. Sie ist aber auch ein

Signal, dass es nicht nur mehr um Abschreckung von Migranten geht, sondern auch wieder stärker um deren Integration.

Die Einteilung der Ressorts – elf für die ÖVP, vier für die Grünen – spiegelt nicht nur die Kräfteverhältnisse zwischen Türkis (37,5 Prozent der Wählerstimmen) und Grün (13,9 Prozent), sondern zeigt auch, wie viele Kompromisse die Unterhändler in den letzten Wochen austarieren mussten. Sowohl die ÖVP als auch die Grünen legen Wert darauf, dass sie jeweils für jene Themen zuständig sein werden, die ihren doch sehr unterschiedlichen Wählern wichtig sind. Es gilt, die Wählerschaft bei der Stange zu halten.

Bislang ist die Aufgabenverteilung gut ausbalanciert. Die größte Herausforderung für die neue Regierung in Österreich wird wohl sein, dass sich die jeweiligen Wähler und Parteigliedern nicht voneinander entfremden. Die größte Gefahr für das Wagnis von Wien ist jedoch, dass die Konjunktur einbrechen könnte, was angesichts der Entwicklung in Deutschland abzusehen ist. Spätestens wenn die Umfragen für die neue Koalition schlechter werden, werden auch Spannungen in der Partnerschaft erwartet.

Allerdings schießt nicht nur die österreichische Regierung gebannt nach Deutschland, auch in Berlin zeigt man Interesse daran, ob ein Bündnis zwischen der CDU und den Grünen ein bundespolitisches Modell sein könnte. Dieser Blick zum Nachbarn ist nichts Neues: „Dies Österreich ist eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält“, sagte bereits der deutsche Dichter Friedrich Heibel.

adelheid.woelfl@weser-kurier.de



In Wien regieren Konservative und Grüne miteinander, in Berlin verhinderte das vor gut zwei Jahren noch die FDP. Unser Foto zeigt Annalena Baerbock (links), Parteichefin der Grünen, im Gespräch mit Angela Merkel.

FOTO: KAY NIETELD/DPA

Frankfurter Rundschau

über Türkei/Libyen: „Mit seinen Großmachtfantasien will Erdogan nicht zuletzt die Bevölkerung über die schwierige Wirtschaftslage und die Demokratiedefizite hinwegtrösten. Aber die Völker im Nahen Osten und Mittelasien, auf dem Balkan und in Nordafrika erinnern die Osmanenherrschaft nicht so glanzvoll, wie Erdogan sie den Türken ausmalt. Mit seiner Unterstützung für radikalislamische Regime wie die Muslimbrüder in Ägypten und die Regierung in Tripolis macht sich Erdogan in der arabischen Welt Feinde. Nicht nur dort. Die Beziehungen der Türkei zur EU, zur Nato und zu den USA sind zerrütet. Im Nahen Osten ist das wegen Terrorwürfen isolierte Emirats Katar Erdogans einziger Verbündeter. International ist die Türkei isoliert wie noch nie seit der Gründung vor fast 100 Jahren.“

Süddeutsche Zeitung (München)

über dasselbe Thema: „Für die Türkei geht es in Libyen nicht nur um den Schutz für ein ‚Brudervolk‘ und um eine von Rebellen bedrängte Regierung, sie hat das größere Bild im Blick. Die Türkei ist ein energiehungriges Land, sie ist bei Öl und Gas zu fast 100 Prozent von Importen abhängig, und sie sucht nach eigenen Quellen, koste es, was es wolle. Dafür geht sie auch militärische Abenteuer ein, in Libyen, Syrien und im östlichen Mittelmeer, wo sie ihre Forschungsschiffe vor Zypern von der Marine begleiten lässt.“

Westfälische Nachrichten (Münster)

über die Gewalt in Leipzig: „Sind Polizisten Freiwild? Nein. Die Antwort liegt klar auf der Hand. Mithin gibt es keinerlei Rechtfertigung für die brutale Attacke auf den 38-jährigen Beamten in Leipzig. Eine Linken-Politikerin spricht von ‚kalkulierter Provokation‘ am Silvesterabend im Leipziger Stadtteil Connewitz. Als sei dies Grund genug, um einen Menschen schwer zu verletzen und krankenhauserreif zu prügeln. Die Tat ist kriminell – die Rhetorik ekelhaft.“

Darmstädter Echo

über dasselbe Thema: „Die öffentliche Ankündigung der Polizeidirektion Leipzig, einen Polizeieinsatz zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durchzuführen, wurde von interessierter Seite fehlgedeutet als Ankündigung eines Feldzugs gegen Feinde. Auch das eine linke und rechte Randfiguren: die Behauptung, immerzu angegriffen zu werden und sich – natürlich gewaltsam – wehren zu müssen.“

Die Zeit (Hamburg)

über Kampfeinsätze der Bundeswehr: „Statt über Kampfeinsätze zu diskutieren, sollte man darüber nachdenken, wie sich Mali aus dieser Abwärtsspirale befreien kann. Dazu gehört die Einsicht, dass es sich um eine Angelegenheit der Malier handelt. Die aber fühlen sich durch die internationale Militärintervention nicht beschützt, sondern überrollt. Wenn sie Hilfe brauchen, dann vor allem durch klugen Druck auf ihre Regierung, um die vielen sozialen und regionalen Revolten zu entschärfen, um Ressourcen gerechter zu verteilen und Verbrechen aller Konfliktparteien zu ahnden.“